

Produktion und Steuern.

Die Enquete über die Vermögensabgabe wurde bearbeitet, die Sachverständigen, welche die Finanzkommission des Staatsrates einberufen hat, haben ihre Gutachten, ihre Ratschläge abgegeben, und es liegt jetzt an der Regierung Deutschösterreichs, die seit Jahr und Tag brennende Frage, die ungeheure Last der Kriegsschuld unter Heranziehung der Vermögen wenigstens zum großen Teile abzubauen, der Lösung zuzuführen. Daß es auf einem anderen Wege kaum geht, die drückende staatsfinanzielle Erbschaft, die uns der Weltkrieg hinterlassen hat, für uns und unsere Nachkommen wesentlich zu erleichtern ist schon Gemeingut des wirtschaftlichen Denkens aller Staatsbürger geworden. Sie sind auf eine schwere, harte Vermögensabgabe ebenso gefaßt, wie auf eine Erhöhung der bestehenden Steuern und auf Erschließung neuer staatlicher Einnahmsquellen. Sie sehen jetzt einer Steuerpolitik, die die Mittel zur Führung der Staatsverwaltung von überallher nimmt, woher sie nur genommen werden können, entgegenzustellen, hieße jedes Verständnis für jene Abhängigkeit leugnen, in welcher die Volkswirtschaft eines Gemeinwesens und das wirtschaftliche Wohl aller ihrer Mitglieder von der Lage der Staatswirtschaft abhängt.

Aber diese Abhängigkeit besteht auch in umgekehrter Richtung: auch die Staatswirtschaft hängt von dem Stande der Volkswirtschaft, von dem Stande ihrer produktiven Kräfte und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten ab. Wenn die Finanzverwaltung ihre Aufgabe nur darin erblickt, ihre Staatskassen ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit und die Erfordernisse der Produktion zu füllen, so drohen dieser die schwersten Gefahren, wenn nicht völliger Untergang. Das Ziel der Herstellung des Gleich-

gewichtes im Staatshaushalt darf nicht mit Mitteln verfolgt werden, welche die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitslust des Bürgers erlöten. Was wir jetzt anstreben müssen, wollen wir wieder unser Wirtschaftsleben in Erzeugung und Verbrauch geheilt sehen, ist vor allem reichliche Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Belebung des Unternehmungsgeistes, ist ganz besonders Hebung der Güterproduktion.

Unser Geld ist im Kriege sehr wenig wert geworden, wir verspüren es, selbst wenn wir im eigenen Lande den nackten Lebensunterhalt bestreiten wollen. Wie erst, wenn wir im fremden Lande damit Lebensmittel oder Rohstoffe einkaufen wollen! Wir sind aber gerade für die nächste Zeit auf fremde Einfuhr angewiesen. Wie sollen wir sie bezahlen? Mit Kronen, die heute auf kaum ein Drittel ihres Friedenspreises gesunken sind? Mit Gold, von dem unsere Notenbank nur noch einen ganz bescheidenen Vorrat besitzt, der die notwendigen Importe bloß zum geringsten Teile decken könnte? Mit fremden Wertpapieren, an denen wir, ein niemals wunderbar kapitalreicher Staat, nur verhältnismäßig geringe Bestände haben? Bleiben also als Zahlungsmittel bloß Waren, Waren und wieder Waren, die wir selbst bei uns zu Hause erzeugen müssen und die wir zum Ankauf der Erzeugnisse anderer Länder verwenden können. Wir müssen so viel als möglich zur Deckung unseres Bedarfes im eigenen Lande herstellen und so viel als möglich ins Ausland ausführen, um dafür fremde Zahlungsmittel zu erhalten, und dadurch unsere Währung ins Gleiche bringen. Ohne Gesundung unserer Baluta gibt es keine gesunde Volkswirtschaft, ohne stärkste und mächtigste Entfaltung unserer Produktion keine Gesundung der Baluta, und ohne eine zweckmäßige, die Erfordernisse der Volkswirtschaft berücksichtigende Steuerpolitik wieder keine gesunde Produktion.

Die Fäden, welche Steuerpolitik, Produktionsprozeß und Währungsweisen miteinander verknüpfen, sind unlösbar. Vom Unternehmer, welcher Art immer, mag er mit einem Millionenkapital Industrien betreiben, mag er mit bescheideneren Mitteln dem Warenhandel dienen, mag er als einfacher Landwirt die Saat streuen, kann er verlangt werden, daß er den Ertrag seiner Arbeit mit dem Staate teile und willig zu den Lasten der Allgemeinheit beitrage. Er wird es um so freudiger tun, wenn er sieht, daß seine Arbeit geschätzt und gefördert und deren Früchte ihm nicht mißgönnt werden. Wenn er sich aber gleichsam als ein von den blindwütigsten Steuermaßnahmen gehehtes Wild fühlt, das schließlich wirtschaftlich verendend zur Strecke gebracht werden soll, dann wird seine Arbeitsfreudigkeit verkümmern und seine Unternehmungslust brachliegen. Gerade bei der Vermögensabgabe, die jetzt in den Vordergrund unserer Finanzpolitik gerückt ist, gilt es, sowohl durch ihre Ansätze wie durch die Art ihrer Durchführung und Einhebung alles zu vermeiden, was eine Störung unserer jetzt ebenso schonungs- wie pflegebedürftigen Produktion verursachen und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschösterreichs mit den anderen Nationalstaaten und auf dem Weltmarkte einschränken könnte. Das Streben unserer staatsfinanziellen Chirurgen, die sich nunmehr zu dem schweren Eingriff der Vermögensabgabe anschicken, dieses Streben, mit den zu schwindelnder Höhe aufgetürmten Staatsschulden radikal aufzuräumen, darf sich nicht über die wichtigsten Interessen und Erfordernisse unserer Produktion hinwegsetzen. Sonst wird man von der Wirkung der Tätigkeit dieser Heilkünstler auf den so stark unterernährten Organismus unserer Wirtschaft vielleicht auch einst sagen müssen: Operation gelungen — Patient gestorben!